Eigenerklärung zu Eignung und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Firma: _____

Zutreffendes bitte ankreuzen:

☐ Bieter

☐ Bietergemeinschaft

☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft

☐ Unterauftragnehmer/Eignungsleihendes Unternehmen

☐ Eignungsleihe erfolgt für: ☐ Referenzen

Hinweis: Das Formular ist bei der Bewerbung einer Bietergemeinschaft durch den Vertreter der Bietergemeinschaft im Namen der Bietergemeinschaft vollständig auszufüllen und zu unterzeichnen. Zusätzlich ist das Formular jeweils durch die einzelnen Mitglieder der Bietergemeinschaft auszufüllen und zu unterzeichnen, wobei nur die entsprechend gekennzeichneten Abschnitte zu befüllen sind. Dasselbe gilt, wenn sich ein Bieter bzw. eine Bietergemeinschaft auf die Eignung eines Dritten Unternehmens bezieht (Eignungsleihe):

- *Bieter: Abschnitte 1) bis 6)*
- *Bietergemeinschaft: 1) bis 6)*
- *Mitglied einer Bietergemeinschaft: Abschnitt 1) bis 3) und 6)*
- *Unterauftragnehmer: Abschnitt 1), 2) und 6)*
- *Eignungsleihendes Unternehmen: Abschnitt 1), 2) und 6) sowie den Abschnitt, der die jeweilige Eignungsleihe betrifft*

1) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusstatbeständen nach §§ 123, 124 GWB

Hinweis: In jedem Fall auszufüllen!

a) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 GWB

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass weder ich/wir noch Personen, deren Verhalten mir/uns zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen der nachfolgenden Delikte verurteilt worden sind, noch wegen der nachfolgenden Delikte gegen mich/uns eine Geldbuße festgesetzt worden ist:

(1) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

(2) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

(3) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),

(4) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

(5) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

(6) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen)

(7) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

(8) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

(9) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

(10) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Hinweis: Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Für Bewerber von außerhalb der Bundesrepublik Deutschland:

☐ Wir erklären, dass keine Personen, deren Verhalten uns zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen den voranstehenden vergleichbaren Delikten nach dem Recht unseres Herkunftsstaates oder dem Recht anderer Staaten verurteilt worden sind bzw. gegen diese Personen eine Geldbuße nach dem Recht unseres Herkunftsstaates oder dem Recht anderer Staaten festgesetzt worden ist.

b) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB

☐ Weiter erkläre ich/erklären wir, dass mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist

c) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 GWB

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen folgende Tatbestände nicht zutreffen:

(1) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

(2) das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

(3) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;

Hinweis: Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

(5) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

(6) das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

d) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 Abs. 1 AEntG

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen folgende Tatbestände nicht zutreffen:

das Unternehmen wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

e) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 98c Abs. 1 AufenthG

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen folgende Tatbestände nicht zutreffen:

das Unternehmen oder dessen nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 SGB III mit einer Geldbuße von wenigstens Zweitausendfünfhundert Euro rechtskräftig belegt worden ist oder nach den §§ 10, 10a oder 11 des SchwarzArbG zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt worden ist.

f) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 Abs. 1 MiLoG

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen folgende Tatbestände nicht zutreffen:

das Unternehmen wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

g) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 Abs. 1 SchwarzArbG

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen folgende Tatbestände nicht zutreffen:

das Unternehmen oder deren nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigte nach § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 10 bis 11 SchwarzArbG, § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des SGB III, §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1c, 1d, 1f oder 2 des AEntG oder § 266a Abs. 1 bis 4 des StGB zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als neunzig Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.

h) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 22 Abs. 1 LkSG

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen folgender Tatbestand nicht zutrifft:

das Unternehmen ist innerhalb des Zeitraums der letzten drei Jahre rechtskräftig festgestellt wegen eines Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße von wenigstens einhundertfünfundsiebzigtausend Euro belegt worden.

2) Eigenerklärung zur Verordnung (EU) gem. Art. 5k EU-VO Nr. 833/2014 in der Fassung der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

Hinweis: In jedem Fall auszufüllen!

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag/Angebot Vertretenen auch für diese):

☐ Der **Bieter** gehört nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das unmittelbare oder mittelbare Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,

durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

☐ Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne von Ziffer 1 eingesetzt, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

3) Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung

Hinweis: *Nur durch Bieter, Bietergemeinschaften, Mitglieder einer Bietergemeinschaft sowie, falls zutreffend, eignungsleihende Unternehmen auszufüllen!*

☐ Wir erklären, dass wir über eine Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, bzw. eine solche vor Beginn der Leistungserbringung abschließen und nachweisen werden, die mindestens die folgenden Deckungssummen (2-fach-maximiert) absichert:

- Personenschäden: 5.000.000,-Euro
- Sachschäden: 10.000.000,- Euro

4) Eigenerklärung Zertifizierung nach ISO/IEC 27001

Hinweis: Nur durch Bieter, Bietergemeinschaften, Mitglieder einer Bietergemeinschaft sowie, falls zutreffend, eignungsleihende Unternehmen auszufüllen!

☐ Wir erklären verbindlich, dass für unser Informationssicherheitsmanagementsystem derzeit eine gültige Zertifizierung nach ISO/IEC 27001 besteht. Wir verpflichten uns, diese über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Das entsprechende Zertifikat legen wir auf Verlangen des Auftraggebers jederzeit vor.

5) Eigenerklärung zu Referenzen

Hinweis: Nur durch Bieter, Bietergemeinschaften, Mitglieder einer Bietergemeinschaft sowie, falls zutreffend, eignungsleihende Unternehmen auszufüllen!

Die nachfolgenden Referenzformblätter können bei Bedarf auch in vervielfältigter Form eingereicht werden. Darüber hinaus und soweit erforderlich, ist es Bewerbern zudem freigestellt, ergänzende beschreibende Unterlagen zur Referenz einzureichen.

Referenz 1		
Bezeichnung der Referenz		
Auftraggeber		
Ansprechpartner	Name	
	Telefon	
	E-Mail	
Leistungsgegenstand: Lieferung, Implementierung, Migration, Inbetriebnahme und Wartung eines Leitsystems für ein öffentliches Stromversorgungsnetz	*Ergänzende Beschreibung – soweit erforderlich:*	
Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Systems / Abschluss der Werksabnahmeprüfung (Factory Acceptance Test – FAT) (*muss innerhalb der letzten fünf Jahre vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge erfolgt sein*)		
Benennung der für wesentliche Leistungen eingebundenen Unterauftragnehmer (*falls zutreffend)*		
Beschreibung von Leistungen eingebundener Unterauftragnehmer (*falls zutreffend)*		

Ergänzende Angaben zum Leistungsgegenstand für den Fall, dass eine Beschränkung des Teilnehmerkreises nach § 45 Abs. 3 Satz 1 SektVO auf 3-5 Bewerber erfolgt:			
			Ergänzende Beschreibung – soweit erforderlich:
1.	Strom-Netzleitsystem mit mindestens 1500 Ortsnetz- und Kundenstationen (MS/NS-Umspannung)	☐	
2.	Führung von Anlagen der Netzebene 110 kV	☐	
3.	Funktionen zur Fehlerortung in elektrischen Netzen (Erdschluss- und Kurzschlussortung)	☐	
4.	Fähigkeit zur Darstellung von Gas- und Wasserbildern (ohne weitergehende Funktionen	☐	
5.	Standortübergreifende Redundanzfunktion	☐	
6.	Fernwirkanbindung mit Protokoll IEC 60870-5-101	☐	
7.	Fernwirkanbindung mit Protokoll IEC 60870-5-104	☐	
8.	150 oder mehr angebundene Fernwirklinien	☐	

Referenz 2		
Bezeichnung der Referenz		
Auftraggeber		
Ansprechpartner	Name	
	Telefon	
	E-Mail	
Leistungsgegenstand: Lieferung, Implementierung, Migration, Inbetriebnahme und Wartung eines Leitsystems für ein öffentliches Stromversorgungsnetz	*Ergänzende Beschreibung – soweit erforderlich:*	
Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Systems / Abschluss der Werksabnahmeprüfung (Factory Acceptance Test – FAT) (*muss innerhalb der letzten fünf Jahre vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge erfolgt sein*)		
Benennung der für wesentliche Leistungen eingebundenen Unterauftragnehmer (*falls zutreffend)*		
Beschreibung von Leistungen eingebundener Unterauftragnehmer (*falls zutreffend)*		

Ergänzende Angaben zum Leistungsgegenstand für den Fall, dass eine Beschränkung des Teilnehmerkreises nach § 45 Abs. 3 Satz 1 SektVO auf 3-5 Bewerber erfolgt:			
			Ergänzende Beschreibung – soweit erforderlich:
1.	Strom-Netzleitsystem mit mindestens 1500 Ortsnetz- und Kundenstationen (MS/NS-Umspannung)	☐	
2.	Führung von Anlagen der Netzebene 110 kV	☐	
3.	Funktionen zur Fehlerortung in elektrischen Netzen (Erdschluss- und Kurzschlussortung)	☐	
4.	Fähigkeit zur Darstellung von Gas- und Wasserbildern (ohne weitergehende Funktionen	☐	
5.	Standortübergreifende Redundanzfunktion	☐	
6.	Fernwirkanbindung mit Protokoll IEC 60870-5-101	☐	
7.	Fernwirkanbindung mit Protokoll IEC 60870-5-104	☐	
8.	150 oder mehr angebundene Fernwirklinien	☐	

6) Bestätigung der Angaben

☐ Wir bestätigen, dass die oben unter 1) bis 5) getätigten Angaben zutreffend sind. Wir akzeptieren, dass es zum Ausschluss von diesem und auch künftigen Verfahren führen kann, wenn sich im Rahmen der Angebotsprüfung gemachte Angaben als unrichtig herausstellen.

Ort, Datum

Erklärende Person / Unterschrift